EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung
Am Heumarkt 10
A-1030 Wien
Tel.: +43-1 388 55 11
www.ecoaustria.ac.at

Wien, September 2019

POLICY NOTE No. 36

Wirtschaftsstandort stärken, mehr Wohlstand und Beschäftigung erreichen

POLICY NOTE 36

Wirtschaftsstandort stärken, mehr Wohlstand und Beschäftigung erreichen

DI Johannes Berger, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung
Mag. Nikolaus Graf, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung
Philipp Koch, BSc, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung
Mag. Ludwig Strohner, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung
Prof. Dr. Tobias Thomas, EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung

September 2019

Kurzdarstellung:

In den Jahren nach der Wirtschaftskrise hat sich Österreich im internationalen Vergleich eher schwächer entwickelt und einen Wachstumsrückstand zu vergleichbaren Volkswirtschaften in der Eurozone aufgebaut. Mit 2017 fand eine Trendumkehr statt. Allerdings gehen aktuelle Prognosen von einer allgemeinen Abkühlung des wirtschaftlichen Klimas aus, teilweise bedingt durch die Verunsicherung aufgrund des unklaren Ausgangs des Brexit und die weltweiten Handelskonflikte. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, vor Ort die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Österreich zu stärken und so die Grundlagen für mehr Wachstum und Wohlstand zu schaffen.

Die vorliegende Policy Note basiert auf einer umfassenderen Studie, die EcoAustria im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort durchgeführt hat. Die Policy Note fasst wesentliche Ergebnisse der Studie zusammen: Internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit folgend, bestehen in Österreich in Sachen Standortqualität Baustellen. Dazu gehören unter anderem die hohe Belastung der Erwerbseinkommen durch Abgaben, Ineffizienzen in der öffentlichen Verwaltung, Probleme im Bereich des Arbeitsmarktes, insbesondere durch das Fehlen von ausreichend qualifizierten Arbeitskräften, und ein Mangel an Flexibilität unter anderem bei den Arbeitszeitregelungen sowie bürokratische Hürden.

In den letzten Jahren sind in vielen dieser Bereiche Reformschritte getätigt bzw. zumindest begonnen worden. Hierzu gehören die Senkung der Lohnnebenkosten, die Einführung des Familienbonus, Maßnahmen zur Stärkung von E-Government und die Abschaffung erster Gold-Plating-Bestimmungen und die Implementierung einer stärkeren Arbeitszeitflexibilisierung durch das Arbeitszeitgesetz Neu. Mit diesen Maßnahmen sind positive volkswirtschaftliche Auswirkungen verbunden. So senkt die Arbeitszeitflexibilisierung die Lohnstückkosten als Folge der besseren Abstimmung von Auftragslage und Arbeitseinsatz und erhöht damit verbunden die Nachfrage nach heimischen Gütern. Somit steigen Beschäftigung und Erwerbseinkommen. Eine Verringerung der Bürokratiebelastung von Unternehmen kann die Unternehmens- und Investitionsdynamik befördern und sich ebenfalls auf Wachstum und Wohlstand auswirken.

Trotz der beschriebenen Maßnahmen wurden bei vielen Reformen bisher nur erste Schritte gesetzt. Andere wurden gar nicht umgesetzt. Dies zählt auch für die geplante Steuerreform vom Mai 2019, die zu einer wesentlichen Abgabenentlastung der BürgerInnen und Unternehmen geführt hätte. So zeigt die Simulation von EcoAustria mit dem Makromodell PuMA („Public Policy Model for Austria"), dass mit der gesamten Steuerreform die realen Nettoeinkommen um rund 3 Prozent im Jahr 2025 höher ausgefallen wäre. Die Beschäftigung würde längerfristig um etwa 1 Prozent höher ausfallen als ohne die Steuerreform. Dies entspricht längerfristig einem Beschäftigungszuwachs von knapp 50.000 Personen. Als Folge davon kommt es zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote um über 0,5 Prozentpunkte. Die Beschäftigungsentwicklung wirkt sich zusätzlich positiv auf die private Konsumnachfrage aus, die kurzfristig um 1,7 Prozent und langfristig deutlich um 3,5 Prozent zunimmt. Die Wirtschaftsleistung würde mittelfristig um rund 5 Mrd. Euro bzw. 1,2 Prozent höher ausfallen, längerfristig um 6,7 Mrd. Euro bzw. 1,6 Prozent. Durch das kräftigere Wachstum aufgrund des Reformpakets steigen auch die Steuereinnahmen, so dass sich die Reform zu 40-50 Prozent selbst finanziert.

Die Finanzierung des Rests sollte über Effizienzpotenziale bei den öffentlichen Ausgaben erfolgen. So besteht in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnbauförderung und öffentliche Verwaltung allein im Bundesländervergleich ein Effizienzpotenzial von 6 Mrd. Euro, das gehoben werden könnte, ohne die öffentlichen Leistungen für die BürgerInnen zu verschlechtern. Im internationalen Vergleich fallen die ermittelten Effizienzpotenziale sogar noch höher aus.

Inhalt

1. HINTERGRUND UND MOTIVATION 1

2. ÖSTERREICHS WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH 2

2.1 IMD Index des IMD World Competitiveness Center 4

2.2 Global Competitiveness Index des World Economic Forum 8

2.3 Doing Business Index der Weltbank 11

2.4 Identifikation wesentlicher Schwachpunkte sowie Empfehlungen 12

3. AUSGEWÄHLTE MAßNAHMEN FÜR MEHR WOHLSTAND UND BESCHÄFTIGUNG 15

3.1. Beurteilung jüngerer Maßnahmen 15

3.2. Prospektive Senkung der Abgabenbelastung 17

4. LITERATURVERZEICHNIS 21

1. Hintergrund und Motivation

Die Stärkung eines Wirtschaftsstandorts ist eine Daueraufgabe der Wirtschaftspolitik. Stillstand bedeutet in diesem Zusammenhang Rückschritt, weil sich Standorte, die im Wettbewerb mit Österreich stehen, laufend verbessern. Auch wenn die österreichische Volkswirtschaft in den letzten Jahren kräftiger gewachsen ist als in den Jahren zuvor, trüben sich die Wachstumsaussichten am aktuellen Rand ein – nicht zuletzt getrieben von der weltweiten Verunsicherung durch neue Handelskriege und dem unklaren Ausgang des Brexit.

Es bestehen nach wie vor etliche Ansatzpunkte, die Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich zu steigern und damit die Grundlage für mehr Wachstum und Wohlstand zu schaffen. So befindet sich die Arbeitslosigkeit nach einem konjunkturbedingten Rückgang in den letzten Jahren weiterhin auf hohem Niveau und die Wachstumseinbußen zu Vergleichsländern seit 2011 beim BIP pro Kopf sind noch nicht gänzlich kompensiert. Hinweise auf notwendige Strukturreformen liefert Österreichs Position in Rankings, die sich für den internationalen Vergleich der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit etabliert haben. Schlussendlich wird Österreich sein hohes Wohlstandsniveau nur halten können, wenn die österreichischen ArbeitnehmerInnen überdurchschnittlich qualifiziert und auch produktiv sind. Die Ergebnisse der Standortrankings zeigen Reformbedarf in Hinblick auf die institutionellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen: eine niedrigere Abgabenbelastung, eine weniger restriktive Arbeitsmarktregulierung sowie geringere Bürokratielasten für die Unternehmen sind wichtige Ansatzpunkte.

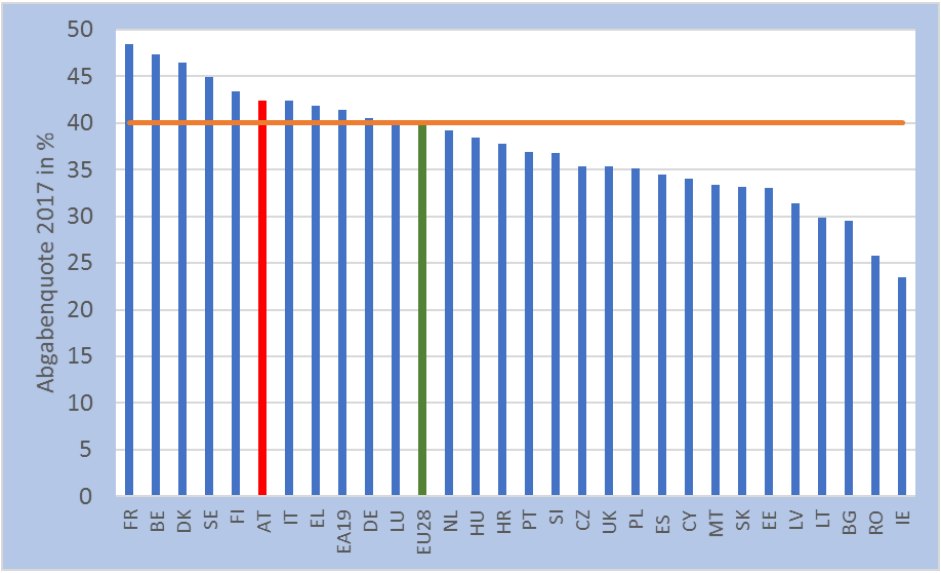
Die vorliegende Policy Note basiert auf einer umfassenderen Studie, die EcoAustria im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort durchgeführt hat. Die Policy Note fasst wesentliche Ergebnisse der Studie zusammen. Erstens wird die Qualität des Wirtschaftsstandorts Österreich im internationalen Wettbewerb eingeschätzt und Ansatzpunkte für mehr Wettbewerbsfähigkeit geliefert. Zweitens werden jüngere Maßnahmen zur Verbesserung des Wirtschaftsstandorts in diesen Rahmen eingeordnet. Zudem wird drittens eine wesentliche Maßnahme zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts analysiert, nämlich die Senkung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und der Unternehmen.

Die Reformmaßnahme ist wichtig für die Stärkung des Wirtschaftsorts, denn Österreich weist im internationalen Vergleich eine hohe Abgabenbelastung auf. Im Jahr 2017 betrug die Abgabenquote 42,4 Prozent des BIP. Damit liegt Österreich merklich über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten mit 40,2 Prozent des BIP und an sechsthöchster Stelle, obwohl die Steuerreform des Jahres 2016 bereits zu einer merklichen Reduktion geführt hat.[1] Dennoch war die Abgabenquote 2017 nur in

[1] Im Jahr 2015 belief sich die Abgabenquote auf 43,9 Prozent.

Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden und Finnland höher (siehe Abbildung 1). Die Kalte Progression führt jedoch bereits wieder zu einem merklichen Zuwachs der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer und damit auf mittlere Frist zu einem Anstieg der Abgabenquote.

Abbildung 1: Abgabenquote im EU-Vergleich (2017)



Quelle: Eurostat.

Der vierte Teil der Policy Note analysiert exemplarisch die geplante Steuerreform vom Mai 2019, die zu einer wesentlichen Abgabenentlastung der BürgerInnen und Unternehmen geführt hätte. Auch wenn erste Schritte im Steuerreformgesetz 2020 voraussichtlich umgesetzt werden, betragen diese nur einen kleinen Teil der ursprünglich geplanten Maßnahmen. Um die Reformrendite in Form von mehr Beschäftigung und Wohlstand vollständig einzufahren, sind weitere Schritte notwendig.

2. Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich

In den Jahren nach der Wirtschaftskrise hat Österreich bis etwa 2016 Wachstumsrückstand zu vergleichbaren Volkswirtschaften in der Eurozone aufgebaut. Schon mit 2017 fand eine Trendumkehr statt, die jedoch den langfristigen Wachstumsrückstand etwa gegenüber Deutschland noch nicht gänzlich kompensieren konnte. Dabei erreicht Österreich in der Entwicklung des European Sentiment Index, der die Stimmung der Wirtschaft in der Eurozone abbildet, insbesondere im Jahr 2018 optimistischere Werte als etwa Deutschland oder die Eurozone. Die aktuellen Wachstumszahlen für 2018 sowie die aktuellen Prognosen für 2019 bestätigen die Trendumkehr und weisen für Österreich stärkeres Wachstum als etwa für Deutschland oder die Eurozone insgesamt aus. Für 2020 sind die prognostizierten Wachstumsraten für Österreich, Deutschland und die Eurozone vergleichbar (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Wachstumsentwicklung in Österreich gegenüber Deutschland und der Eurozone insgesamt, 2016 bis 2020

	2016	2017	2018	2019*	2020*
Österreich	2,0	2,6	2,7	1,5	1,5
Deutschland	2,2	2,2	1,4	0,5	1,4
Eurozone	1,9	2,4	1,9	1,2	1,4

*prognostizierte Werte für 2019 und 2020;
Quelle: Europäische Kommission (2019c), European Economic Forecast.

Die jüngste Trendumkehr wird durch die aktuelle Eurostat-Quartalsrechnung vom September 2019 bestätigt. Über den betrachteten Zeitraum weist Österreich im Jahresvergleich (rechter Teil in Tabelle 2) einen deutlichen Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland und auch gegenüber der Eurozone insgesamt auf.

Tabelle 2: Aktuelle Wachstumsentwicklung 2018 und 2019, Quartalsrechnung vom September 2019

	Prozentuale Änderung gegenüber Vorquartal				Prozentuale Änderung gegenüber Quartal des Vorjahres			
	2018Q3	2018Q4	2019Q1	2019Q2	2018Q3	2018Q4	2019Q1	2019Q2
Österreich	0,2	0,6	0,4	0,2	2,3	2,2	1,7	1,6
Deutschland	-0,1	0,2	0,4	-0,1	1,1	0,6	0,9	0,4
Eurozone	0,2	0,3	0,4	0,2	1,7	1,2	1,3	1,2

Quelle: Eurostat 2019, Quartalsrechnung September 2019.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Österreichs Wirtschaft insbesondere nach Phasen der Abkühlung einen längeren Zeitraum als andere Ökonomien benötigte, Verbesserungen des weltwirtschaftlichen Klimas in eigenes Wirtschaftswachstum umzulegen. Vor dem Hintergrund der erwarteten Abkühlung des wirtschaftlichen Klimas kann eine Stabilisierung der jüngeren Trendumkehr bis hin zu einem nachhaltigen Wachstumsvorsprung nur unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft realisiert werden.

Am aktuellen Rand zeigt sich für Österreich ein positiver Trend. Wie auch für andere europäische Staaten zeigt sich im Ausblick jedoch eine wirtschaftliche Abkühlung. In der längeren Vergangenheit deuteten etwa eine nur mäßige Entwicklung der Arbeitsproduktivität, oder der Rückstand bei aktiven und passiven FDI auf Verbesserungspotenziale bei der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hin. Auch innovations- und humankapitalorientierte Indikatoren signalisierten trotz jüngster Verbesserung in verschiedenen Rankings nach wie vor erhebliches Verbesserungspotenzial. Im Folgenden wird ein Blick auf Österreichs Position in einschlägigen internationalen Standort-

Rankings[2] geworfen, die sich für den internationalen Vergleich der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit etabliert haben.

2.1 IMD Index des IMD World Competitiveness Center

Das ‚Competitiveness Ranking' des IMD World Competitiveness Center basiert auf dem Index des IMD World Competitiveness Scoreboard. Der Index erfasst derzeit 63 Länder und basiert wiederum auf etwa 300 Indikatoren. Etwa zu zwei Drittel fließen datenbasierte Indikatoren ein, zu einem Drittel subjektive Bewertungen aus einer Umfrage unter rund 5.000 ManagerInnen. Der Gesamtindex untergliedert sich in vier Hauptdimensionen, (1) allgemeine wirtschaftliche Entwicklung (‚Economic Performance'), (2) Effizienz des öffentlichen Sektors (‚Government Efficiency'), (3) Markteffizienz (‚Business Efficiency') und (4) Infrastruktur (‚Infrastructure').

Tabelle 3: Rangentwicklung beim IMD Index des World Competitiveness Center (Position unter 63 Ländern)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
AUT	**11**	**14**	**16**	**14**	**18**	**21**	**23**	**22**	**26**	**24**	**25**	**18**	**19**
DEU	16	16	13	16	10	9	9	6	10	12	13	15	17
USA	1	1	1	3	1	2	1	1	1	3	4	1	3
CHE	6	4	4	4	5	3	2	4	4	2	2	5	4
POL	52	44	44	32	34	34	33	36	33	33	38	34	38
NLD	8	10	10	12	14	11	14	14	15	8	5	4	6
ITA	42	46	50	40	42	40	44	46	38	35	44	42	44
CZR	32	28	29	29	30	33	35	33	29	27	28	29	33

Quelle: IMD.

Im mittelfristigen Vergleich hat sich Österreichs Position verschlechtert. Hatte man 2007 noch Rang 11 belegt, so liegt Österreich 2019 unter 63 Ländern auf Rang 19 und damit deutlich hinter Volkswirtschaften wie den USA (Rang 3), der Schweiz (Rang 4), den Niederlanden (Rang 6) oder auch Deutschland (Rang 17). Im kurzfristigeren Vergleich zeigt sich aber ein positiver Trend: So hat Österreich seinen Rang von 2017 auf 2019 um sechs Positionen verbessern können.

Für Österreich ist unter anderem die relative Position im geografischen Umfeld Deutschlands relevant. Deutschland ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner. So gehen etwa ein Drittel der österreichischen Exporte nach Deutschland, oft im Rahmen internationaler Wertschöpfungsketten. Hier stehen österreichische Unternehmen in direkter Konkurrenz mit deutschen, tschechischen,

[2] Die im Folgenden dargestellten Rankings bilden die Auswirkungen der in der jüngeren Vergangenheit gesetzten Maßnahmen auf die Standortqualität aufgrund des kurzen Zeithorizonts nur bedingt ab. Schwierig ist dies insbesondere für die datenbasierten Indikatoren, die per Definition Informationen über die Vergangenheit liefern. Dennoch gibt insbesondere das IMD Ranking Hinweise, weil die jüngst publizierte Ausgabe (im Mai 2019) zumindest zum Teil Daten und Informationen aus dem Jahr 2018 berücksichtigt und zudem auf aktuelleren Umfragen basiert.

polnischen, niederländischen etc. Unternehmen. Im Vergleich zu Österreich haben viele dieser Länder ihre Position gehalten und häufig sogar verbessert.

Im aktuellen IMD-Indexranking 2019 belegt Österreich bei der wirtschaftlichen Entwicklung Rang 20, bei der Effizienz des öffentlichen Sektors nur Rang 28, bei der Markteffizienz Rang 17 und bei der Infrastruktur Rang 11. Die Optimierungspotenziale sind demnach vor allem im Bereich des öffentlichen Sektors zu verorten.

Tabelle 4: Rangentwicklung in den vier Hauptdimensionen des IMD Index für Österreich (von 63 Ländern)

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
IMD Gesamtranking	21	23	22	26	24	25	18	19
Wirtschaftliche Entwicklung	20	22	17	21	19	40	17	20
Effizienz öffentlicher Sektor	33	37	36	39	35	33	32	28
Markteffizienz	20	22	20	28	22	17	14	17
Infrastruktur	16	17	16	20	12	11	14	11

Quelle: IMD.

Die Veränderungen im Zeitverlauf bei der wirtschaftlichen Entwicklung sind dabei stark (aber nicht ausschließlich) auf die ausländischen Direktinvestitionen zurückzuführen: Zum Beispiel hatte die Verlagerung des Osteuropa-Geschäfts der UniCredit von Österreich nach Italien deutlichen Anteil am Verlauf Österreichs Rangposition zwischen 2016 und 2017 (siehe Tabelle 5). In den Folgejahren entwickelten sich die ausländischen Direktinvestitionen positiver und zudem sorgte die positive Konjunktur für eine Rangverbesserung bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Zu nennenswerten Verbesserungen kam es in den letzten Jahren bei den öffentlichen Finanzen, dem institutionellen Rahmen, dem Wirtschaftsrecht sowie der Finanzierung[3]. Zum Bereich Wirtschaftsrecht zählen sämtliche rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und ArbeitnehmerInnen. Negative Entwicklungen zeigen sich in den Kategorien Managementpraxis sowie bei den Preisen. Die Kategorie Managementpraxis berücksichtigt unter anderem die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an den Markt sowie das Vertrauen in ManagerInnen.

[3] Der Indikator Finanzierung besteht aus der Effizienz des Bankensektors und des Aktienmarktes sowie dem Zugang zu Kapital für Unternehmen.

Tabelle 5: Rangentwicklung in Unterdimensionen des IMD Index für Österreich (von 63 Ländern)

	2013	2014	2016	2017	2018	2019
Wirtschaftliche Entwicklung	22	17	19	40	17	20
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	22	24	29	24	19	19
Außenhandel	22	10	14	20	21	18
Internationale Investitionen	37	25	31	63	21	25
Beschäftigung	26	26	28	30	38	33
Preise	36	24	13	20	18	24
Effizienz öffentlicher Sektor	37	36	35	33	32	28
Öffentliche Finanzen	39	39	40	39	32	30
Fiskalpolitik	58	58	60	61	60	61
Institutioneller Rahmen	22	24	24	22	19	17
Wirtschaftsrecht	36	34	30	27	26	21
Gesellschaftliches Umfeld	17	14	16	12	13	13
Markteffizienz	22	20	22	17	14	17
Produktivität	16	9	14	14	12	13
Arbeitsmarkt	28	24	29	20	21	19
Finanzierung	35	36	29	27	18	21
Managementpraxis	9	14	7	5	4	10
Einstellungen und Werte	37	38	43	29	35	34
Infrastruktur	17	16	12	11	14	11
Basisinfrastruktur	20	16	12	12	16	15
Technologische Infrastruktur	25	23	22	24	23	26
Wissenschaftliche Infrastruktur	18	16	18	16	14	13
Gesundheit und Umwelt	7	11	6	8	9	9
Bildung	17	13	15	14	12	13

Quelle: IMD.

Problematisch erscheint aus Sicht des IMD insbesondere die Hauptdimension Effizienz des öffentlichen Sektors, und hier vor allem die steuerlichen und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen. Österreich belegt im Bereich der Fiskalpolitik aktuell mit Rang 61 einen der letzten Ränge unter 63 Ländern.

Auf Basis des IMD Competitiveness Rankings 2014, das für einen Vergleich zu 2019 herangezogen wird, zeigt sich außerdem, dass etwa ausstehende Investitionen im IKT-Bereich, die IKT-Tarife und die Ergebnisse der PISA Bildungstests im Bereich der Naturwissenschaften als wesentliche Schwächen identifiziert werden. Die allgemein hohe Lebensqualität, die Gesundheitsversorgung und die schulische Grundausbildung werden als Stärken gesehen. Weitere Stärken und Schwächen sind in Tabelle 6 dargestellt (vgl. IMD World Competitiveness Center 2014, S. 42 ff. Country Profile Austria).

Die aktuellen Stärken und Schwächen gemäß IMD-Index 2019 sind in Tabelle 7 dargestellt. Hierbei stechen insbesondere die aktiven Direktinvestitionen, die Steuerbelastung und der Fachkräftemangel als Schwächen der österreichischen Wirtschaft hervor, während die Exportdiversifizierung, das hohe Einkommensniveau oder die Lebensqualität als Stärken angeführt werden.

Tabelle 6: Ausgesuchte Stärken und Schwächen Österreichs nach Maßgabe des IMD-Index 2014

STÄRKEN	SCHWÄCHEN
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (RANG 17)	
Diversifizierung der Wirtschaft (Rang 6)	Verbraucherpreisentwicklung (Rang 44)
Jugendarbeitslosigkeit (Rang 8)	Reales Wachstum (Rang 43)
BIP pro Kopf in KKP (Rang 9)	Passive Direktinvestitionen (Rang 31)
EFFIZIENZ ÖFFENTLICHER SEKTOR (RANG 36)	
Zinsdifferenz (Rang 8)	Öffentliche Finanzen (Rang 48)
Realer Zinssatz kurzfristig (Rang 9)	Abgabenquote (Rang 54)
Sozialer Ausgleich Gini-Koeffizient (Rang 11)	Förderungen in % des BIP (Rang 50)
MARKTEFFIZIENZ (RANG 20)	
Lehrausbildung (Rang 3)	Arbeitszeit (Rang 48)
Arbeitsproduktivität (Rang 4)	Finanz- und Bankenregulierung (Rang 48)
Betriebliche Weiterbildung (Rang 5)	Lohnniveau (Rang 45)
INFRASTRUKTUR (RANG 16)	
Allgemeine Lebensbedingungen (Rang 2)	Investitionen IKT-Infrastruktur (Rang 55)
Bildungsausgaben pro SchülerIn (Rang6)	Tarife Breitband IKT (Rang 52)
Wasserversorgung (Rang 8)	Naturwissenschaft Schule (Rang 47)

Quelle: IMD.

Tabelle 7: Ausgesuchte Stärken und Schwächen Österreichs nach Maßgabe des IMD-Index 2019

STÄRKEN	SCHWÄCHEN
WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG (RANG 20)	
Haushaltsausgaben für Konsum (Rang 8)	Aktive Direktinvestitionen (Rang 47)
Exportdiversifizierung (Rang 11)	Verbraucherpreisentwicklung (Rang 43)
BIP pro Kopf (Rang 13)	Benzinpreise (Rang 36)
EFFIZIENZ ÖFFENTLICHER SEKTOR (RANG 28)	
Freisetzungskosten (Rang 1)	Einkommenssteuer (Rang 48)
Offenheit ggü. ausl. Investoren (Rang 1)	Sozialversicherungsbeiträge (Rang 57)
Rule of Law Index (Rang 7)	Abgabenquote (Rang 57)
MARKTEFFIZIENZ (RANG 17)	
Ausbildung von MitarbeiterInnen (Rang 1)	Entlohnung von Führungspositionen (Rang 59)
Motivation von ArbeitnehmerInnen (Rang 2)	Fachkräftemangel (Rang 53)
Nachfrage nach Talenten (Rang 2)	Arbeitsstunden (Rang 52)
INFRASTRUKTUR (RANG 11)	
Lebensqualität (Rang 2)	Investitionen IKT-Infrastruktur (Rang 60)
Umwelt (Rang 3)	Qualifizierte Arbeitskräfte (Rang 52)
Mobilität von Studierenden (Rang 4)	Digitale Fähigkeiten (Rang 45)

Quelle: IMD.

Auf Basis der Ergebnisse des Index für 2019 leitet der IMD folgende wirtschaftspolitische Herausforderungen ab:[4] eine Reform der Pensions- und Gesundheitssysteme, eine alle Ebenen umfassende Verwaltungsreform, die Behebung des Fachkräftemangels, eine stärkere Auseinandersetzung mit Umweltthemen sowie die Entwicklung der digitalen Ökonomie.

2.2 Global Competitiveness Index des World Economic Forum

Das ‚World Economic Forum' bietet mit dem GCI, dem ‚Global Competitiveness Index' ein eigenes Ranking für 140 Länder. Grundlage für den Index ist der jährliche ‚Global Competitiveness Report' (vgl. zuletzt WEF 2018). Der Index basiert auf zwölf Säulen (etwa Institutionen, Infrastruktur, Innovation, Arbeitsmarkt etc., vgl. unten). Die Berechnung des Index sowie einige Indikatoren wurden jüngst, mit der Auflage des Jahres 2018, angepasst, um jene Faktoren stärker zu berücksichtigen, die mit der Digitalisierung zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Der Index umfasst sowohl objektive Strukturindikatoren, als auch Umfrageergebnisse. Als Datenquellen für Strukturindikatoren werden etwa die Weltbank, Organisationen der UN, wie die Weltgesundheitsorganisation, etc. herangezogen. Die Umfrageergebnisse beruhen auf dem ‚World Economic Forum's Executive Opinion Survey'. Im Rahmen der Befragung im Jahr 2018 wurden die Antworten von 12.274 UnternehmensvertreterInnen aus 140 Ländern berücksichtigt.

Die Adaption des Index führt zu Veränderungen im Ranking (siehe Tabelle 8). Für das Jahr 2017 sind durch die Neuauflage zwei unterschiedliche Rankings verfügbar. Österreich fiel durch die Anpassung des Index von Platz 18 (gemäß alter Methode) auf Platz 21 laut neuer Methode. 2018 kam es zu einer leichten Verschlechterung um eine Position. Ähnlich wie im IMD-Ranking ist auch hier im mittelfristigen Vergleich Reformbedarf zu erkennen: 2009 belegte Österreich noch Platz 14.

[4] Die Punkte sind in der publizierten Version in englischer Sprache folgendermaßen verfasst: „(1) Reform of Old Age Pension System and Health Service System still pending; (2) Administrative reform and fiscal consolidation must also be pursued at provincial (Länder) and local level (Gemeinden); (3) Shortage of qualified labour to be adressed; (4) Growth- and location compatible greening of the economy to be addressed; (5) Digital economy to be developed."

Tabelle 8: Rangentwicklung beim GCI des World Economic Forum (von 140 Ländern)

	2008-2009	2009-2010	2010-2011	2011-2012	2012-2013	2013-2014	2014-2015	2015-2016	2016-2017	2017-2018	2017*	2018*
AUT	**14**	**17**	**18**	**19**	**16**	**16**	**21**	**23**	**19**	**18**	**21**	**22**
DEU	7	7	5	6	6	4	5	4	5	5	3	3
USA	1	2	4	5	7	5	3	3	3	2	1	1
CHE	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	4	4
POL	53	46	39	41	41	42	43	41	36	39	37	37
NLD	8	10	8	7	5	8	8	5	4	4	5	6
ITA	49	48	48	43	42	49	49	43	44	43	31	31
CZR	33	31	36	38	39	46	37	31	31	31	29	29

*basierend auf neu berechnetem Index, GCI 4.0.
Quelle: WEF.

Insgesamt ist festzustellen, dass auch im Falle des GCI-Index des WEF wichtige Vergleichsländer wesentlich besser positioniert sind als Österreich. Beispielsweise liegt der wichtigste Handelspartner Deutschland auf Rang 3, die Schweiz auf Rang 4 und die USA nehmen die erste Position ein. Die Niederlande haben ihre Position mittelfristig verbessert und liegen nun auf dem sechsten Rang.

Tabelle 9: Positionierung Österreichs in den Subindizes des GCI 2018

Indexebene	Originalterminus	Rang (140)	Index (0-100)
GCI-Gesamtindex	**Global Competitiveness Index**	**22**	**76**
Wirtschaftliches Umfeld	Enabling Environment	**20**	
1. Säule Institutionen	Institutions	18	73
2. Säule Infrastruktur	Infrastructure	12	88
3. Säule Informationstechnologie	ICT adoption	46	65
4. Säule Makroökonomische Stabilität	Macroeconomic stability	1	100
Humankapital	Human capital	**15**	
5. Säule Gesundheit	Health	15	97
6. Säule Fähigkeiten	Skills	17	78
Märkte	Markets	**20**	
7. Säule Produktmarkt	Product market	17	67
8. Säule Arbeitsmarkt	Labour market	26	67
9. Säule Finanzmarkt	Financial system	28	73
10. Säule Marktgröße	Market size	43	64
Innovationsfaktoren	Innovation Ecosystem	**19**	
11. Säule Unternehmensdynamik	Business dynamism	26	70
12. Säule Innovationsfähigkeit	Innovation capability	15	74

Quelle: WEF.

In Tabelle 9 ist die Positionierung Österreichs in den Unterdimensionen des GCI-Index abzulesen. Bei einer Gesamtpositionierung auf Rang 22 stellt die vierte Säule, die makroökonomische Stabilität, mit dem mit 36 anderen Ländern geteilten ersten Rang, die beste Positionierung Österreichs dar. Diese Säule fasst die Inflation sowie die Entwicklung der Staatsschulden zusammen. Aufgrund der momentan zurückgehenden Schuldenlast sowie einer stabilen Inflation liegt Österreich hier an der

Spitze. Die schlechteste Positionierung nimmt Österreich mit Rang 46 in der dritten Säule ein, der Informations- und Kommunikationstechnologie. Dies ist insbesondere auf eine vergleichsweise geringe Abdeckung durch Breitband- und Glasfaserinfrastruktur zurückzuführen. Zudem kam es in dieser Säule zwischen 2017 und 2018 zu einer deutlichen Verschlechterung: 2017 belegte Österreich noch Rang 38. Darüber hinaus belastet die Entwicklung des Finanzmarkts (Rang 28 in der neunten Säule) Österreichs Wettbewerbsfähigkeit negativ. Diese Säule beinhaltet u.a. die Verfügbarkeit von Risikokapital sowie die Marktkapitalisierung.

Tabelle 10: Identifikation der wirtschaftspolitischen Herausforderungen für Österreich beim World Economic Forum 2017

Wirtschaftspolitische Herausforderungen	Bewertung
Restriktives Arbeitsrecht	23,2%
Ineffiziente öffentliche Verwaltung	21,3%
Steuersätze	20,4%
Steuerregulierung	11,3%
Ausbildung der Arbeitskräfte	5,8%
Unzureichende Innovationskapazität	5,1%
Leistungsdenken	3,6%
Politische Instabilität (Inhalte)	3,5%
Kapitalmarktzugang	2,1%
Infrastruktur	1,4%
Inflation	0,7%
Instabilität der Regierungsstrukturen	0,7%
Kriminalität	0,4%
Regulierung Fremdwährungen	0,4%
Öffentliches Gesundheitssystem	0,2%
Korruption	0,1%

Identifikation der größten Herausforderungen durch Respondenten beim World Economic Forum Executive Opinion Survey; Werte entsprechen der relativen Häufigkeit der Antworten gewichtet nach deren Reihung; Quelle: WEF (2017, S. 52)

Im Global Competitiveness Report werden zudem die Hauptproblemfelder für unternehmerisches Handeln dargestellt (‚Most problematic factors of Doing Business'). Grundlage ist die Erhebung der Einschätzungen von ExpertInnen beim World Economic Forum. Tabelle 10 stellt die Ergebnisse aus dem Jahr 2017[5] dar. Hierbei ist zu beachten, dass jüngst gesetzte Maßnahmen (z.B. das Arbeitszeitgesetz Neu) noch nicht in die Ergebnisse einfließen konnten. Demnach liegen die größten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Österreich bei restriktiven Arbeitsmarktregulierungen, einer ineffizienten öffentlichen Verwaltung, bei hohen Steuersätzen und bei der Komplexität der Steuergesetze sowie bei Facharbeiterqualifikationen und bei der Innovationsfähigkeit.

[5] Für das Jahr 2018 sind die Ergebnisse der Befragung nach den wirtschaftspolitischen Herausforderungen nicht publiziert.

2.3 Doing Business Index der Weltbank

Die Weltbank veröffentlicht regelmäßig den ‚Doing-Business'-Index. Dieser bewertet das regulatorische und institutionelle Umfeld für unternehmerische Tätigkeit. Im Kern misst der Index den regulativen Aufwand für Unternehmen, administrative Kosten und Restriktionen, etwa die Anzahl der Verfahren und Verfahrensdauern bei der Unternehmensgründung, bei der Patent-Einreichung oder den administrativen Aufwand, der durch die Administration von Steuern verursacht wird. Im Themenfeld Unternehmensgründung werden beispielsweise die Anzahl der Verfahren und der Zeitaufwand in Tagen erfasst. Im Themenfeld der Steuerverfahren wird ebenfalls der Zeitaufwand erfasst, der zur Abwicklung der Steuererklärung erforderlich ist, zudem die Höhe der Steuersätze. Der ‚Doing Business'-Index fasst somit institutionelle Rahmenbedingungen in quantitative Indikatoren zusammen. In das Gesamtranking sind aktuell 190 Länder einbezogen, Österreich rangiert auf Platz 26, Spitzenreiter sind Neuseeland, Singapur und Dänemark.

Tabelle 11: Rangplatzierung Österreichs 2019 im ‚Doing Business Index' der Weltbank relativ zu wichtigen Vergleichsländern (von 190 Ländern)

RANG	AUT	DEU	NLD	CHE	USA	POL	CZE	ITA
Doing Business Rank (GESAMT)	26	24	36	38	8	33	35	51
Starting a Business	118	114	22	77	53	121	115	67
Dealing with Construction Permits	42	24	84	69	26	40	156	104
Getting Electricity	28	5	56	11	54	58	10	37
Registering Property	32	78	31	16	38	41	33	23
Getting Credit	85	44	112	73	3	32	44	112
Protecting Minority Investors	33	72	72	110	50	57	72	72
Paying Taxes	40	43	21	20	37	69	45	118
Trading across Borders	1	40	1	39	36	1	1	1
Enforcing Contracts	10	26	74	55	16	53	99	111
Resolving Insolvency	21	4	7	46	3	25	15	22

Quelle: World Bank.

Bei der zu den Vergleichsländern recht ordentlichen Platzierung sollte nicht übersehen werden, dass Österreich in den verschiedenen Kategorien eine beachtliche Streuung aufweist. Als EU-Mitglied hat es sehr gute Platzierungen beim Außenhandel und bei der Rechts- und Vertragssicherheit. Deutlich schlechter ist Österreich beim Aufwand für Unternehmensgründungen mit Rang 118. Zudem hat sich diese Position in den letzten beiden Jahren um 7 Ränge verschlechtert. Problematisch sind die Anzahl und Dauer der Verfahren bei der Gründung, etwa die Steuerregistrierung, die Gewerbeanmeldung, die Anmeldung bei der Sozialversicherung etc. So braucht es in Österreich acht Amtswege und 21 Tage, um ein Unternehmen zu gründen. Der Schnitt der OECD-Länder mit hohem Einkommen liegt bei 4,9 Amtswegen und 9,3 Tagen.

Als Vergleich zu den Kennzahlen des ‚Doing Business Index' der Weltbank im Bereich der Unternehmensgründung können Daten der Europäischen Kommission[6] herangezogen werden, die

[6] https://ec.europa.eu/docsroom/documents/34587

methodisch in leicht unterschiedlicher Weise erhoben werden. Die Unternehmensgründung dauert laut Europäischer Kommission in Österreich 7,5 Tage und kostet 344 Euro. Damit rangiert Österreich, bezogen auf die Verfahrensdauer, im europäischen Vergleich auf Platz 25 von 28 und deutlich über dem Durchschnitt von 3,1 Tagen. Nur in Deutschland, der Slowakei und Schweden dauert es länger ein Unternehmen zu gründen. Zudem liegen die Kosten mit 344 Euro über dem europäischen Durchschnitt von 300 Euro.

Im Bereich der Steuerbürokratie, insbesondere bei administrativen Kosten sowie der Steuerbelastung (siehe Abgabenquote) weist Österreich mit Platz 40 im ‚Doing Business'-Ranking ebenso Verbesserungsbedarf auf. Wenig unternehmensfreundlich ist Österreich auch bei Baugenehmigungen (‚Dealing with construction permits') mit Rang 42, wenngleich es hier zu einer Verbesserung um sieben Ränge seit 2017 kam. In der Dimension ‚Getting Credit', die einerseits die rechtlichen Rahmenbedingungen der Kreditvergabe sowie den Zugang und die Verfügbarkeit von Informationen zu Krediten andererseits misst, rangiert Österreich nur auf Rang 85. Zudem hat sich diese Position in den letzten beiden Jahren um mehr als 20 Ränge verschlechtert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die zeitliche Entwicklung. So haben sich mit Polen und Tschechien zwei Standorte sehr stark verbessert, die als Produktionsstandort regional stark im Wettbewerb mit österreichischen Unternehmen stehen. Aus den Ergebnissen des Index ergeben sich wirtschaftspolitische Herausforderungen, insbesondere bei der Erleichterung der Unternehmensgründung, dem Zugang zur Unternehmensfinanzierung und auch bei Baugenehmigungen und Steuerverwaltung.

Tabelle 12: Entwicklung des ‚Doing Business Index' der Weltbank von Österreich und wichtigen Vergleichsländern, 2010-2019, Werte von 0 bis 100

	DB 2010	DB 2011	DB 2012	DB 2013	DB 2014	DB 2015	DB 2016	DB 2017	DB 2018	DB 2019	2010-2019
AUT	76,4	76,7	76,7	77,9	77,8	78,4	78,9	78,9	78,5	78,6	2,2
DEU	79,5	79,5	79,6	79,2	79,6	79,2	79,9	79,9	79,0	78,9	-0,6
NLD	75,2	75,2	75,9	77,1	77,1	76,0	76,3	76,4	76,0	76,0	0,8
CHE	75,3	75,3	75,4	75,6	75,6	76,0	76,1	76,1	75,9	75,7	0,4
USA	85,7	85,7	85,7	84,9	82,1	82,0	82,5	82,5	82,5	82,8	-3,0
POL	63,2	67,9	68,6	69,7	71,7	75,9	76,4	76,7	77,3	77,0	13,8
CZE	63,0	65,0	65,8	71,8	73,9	75,7	77,0	77,8	76,3	76,1	13,1
ITA	66,1	66,5	66,8	67,4	68,2	72,0	72,0	72,3	72,7	72,6	6,4

Quelle: World Bank.

2.4 Identifikation wesentlicher Schwachpunkte sowie Empfehlungen

Auf Basis der oben ausgeführten Standortrankings können Schwachpunkte der österreichischen Standortqualität identifiziert und wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen hergeleitet werden.

Erstens zeigt sich, dass sowohl im IMD-Ranking als auch im Rahmen des WEF Executive Opinion Survey wesentliche Schwächen im öffentlichen Bereich identifiziert werden. Insbesondere der Indikator „Fiskalpolitik“ des IMD-Rankings ist hierbei hervorzuheben. Österreich liegt gerade aufgrund der im internationalen Vergleich hohen Abgabenquote auf Rang 61 von insgesamt 63 Ländern. Auch im Executive Opinion Survey des World Economic Forum werden die hohe Steuerbelastung sowie Ineffizienzen in der öffentlichen Verwaltung als zentrale wirtschaftspolitische Herausforderungen für Österreich genannt.

Zweitens lassen sich in den Standortrankings Arbeitsmarktregulierungen als Herausforderung für die Standortqualität identifizieren. So ist in der WEF Executive Opinion Survey ein „restriktives Arbeitsrecht” die meistgenannte wirtschaftspolitische Herausforderung, im IMD Ranking wurden etwa Arbeitszeitregelungen explizit als Schwäche benannt. Zudem stellt ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Fachkräften zunehmend eine Herausforderung für die österreichische Volkswirtschaft dar.

Drittens zeigt sich nur eine mittelmäßige Positionierung von Rang 20 im Bereich „Wirtschaftliche Entwicklung“ des IMD-Rankings. Auch die internationalen Investitionen zählen trotz einer Verbesserung am aktuellen Rand mit Rang 25 zu den Schwachstellen.

Viertens ist Verbesserungspotential im Bereich der Unternehmensdynamik zu verorten. Einerseits liegt hier Österreich im Ranking des World Economic Forum nur auf Platz 26 von 140 Ländern. Andererseits spiegeln sich die bürokratischen Hürden der Unternehmensgründung im Doing Business-Ranking der Weltbank wider. Der Aufwand für die Gründung eines Unternehmens beträgt rund 21 Tage, während im Durchschnitt der Industrieländer mit hohem Einkommen nur 9,3 Tage benötigt werden. Österreich liegt damit auf Platz 118 von 190 Ländern.

Fünftens wird die technologische Infrastruktur als Schwachpunkt identifiziert. So liegt Österreich im Indikator „Informationstechnologie“ des WEF-Rankings nur auf Rang 46 von 140 Ländern. Dies ist insbesondere auf die geringe Nutzung bzw. Verbreitung von Glasfaser- und Breitbandinfrastruktur zurückzuführen. Im Rahmen des IMD-Rankings äußert sich dies in Rang 26 im Indikator „Technologische Infrastruktur“, was ebenfalls schlechter als die Position im Gesamtranking (Rang 19) ist.

Sechstens ist ein weiterer Schwachpunkt der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten. Dies zeigt sich einerseits im Doing Business-Ranking, wo Österreich im Indikator „Getting Credit“ nur Rang 85 belegt und andererseits in Rang 28 im Indikator „Finanzsystem“ des WEF-Rankings.

Neben den Schwächen lassen sich aber auch Stärken des österreichischen Standorts auf Basis der Rankings identifizieren. Dabei sind insbesondere der geringe administrative Aufwand im Außenhandel (Rang 1 im Doing Business-Ranking), die makroökonomische Stabilität (Rang 1 bei WEF), die Rechtssicherheit (Rang 10 von 190 im Doing Business-Ranking), die Bereitstellung öffentlicher Sachleistungen (beispielsweise Rang 9 bei Gesundheit und Umwelt und Rang 13 bei Bildung laut IMD) sowie die allgemeine Infrastruktur (Rang 12 bei WEF, Rang 15 bei IMD) hervorzuheben.

Die identifizierten Schwachpunkte spiegeln sich in den wirtschaftspolitischen Empfehlungen wider. Auf Basis der Ergebnisse des Index für 2019 leitet der IMD folgende wirtschaftspolitische Herausforderungen ab:[7] eine Reform der Pensions- und Gesundheitssysteme, eine alle Ebenen umfassende Verwaltungsreform, die Behebung des Fachkräftemangels, eine stärkere Auseinandersetzung mit Umweltthemen sowie die Entwicklung einer digitalen Ökonomie.

Der Europäische Rat (2019) empfiehlt vor dem Hintergrund des Stabilitätsprogrammes 2019 ebenso eine nachhaltige Reform der Pensions-, Pflege- und Gesundheitssysteme u.a. durch eine Anpassung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung, sowie eine Föderalismusreform mit Umsetzung von Finanzierungs- und Ausgabenverantwortlichkeiten auf allen Ebenen. Darüber hinaus werden eine Reduktion der Steuerlast des Faktors Arbeit, eine Verbesserung der Arbeitsmarktergebnisse für Frauen und benachteiligte Gruppen sowie mehr Investitionen im Bereich der Digitalisierung, Forschung & Entwicklung und Nachhaltigkeit nahegelegt. Zudem wird der Abbau von regulierungsbedingten Hürden im Dienstleistungssektor angeregt.

Zu ähnlichen Empfehlungen kommt die OECD (2017). Zum einen soll durch eine Pensionsreform sichergestellt werden, dass die Staatsverschuldung mittelfristig nicht wieder ansteigt. Darüber hinaus soll Eigenkapital für Start-Ups leichter zugänglich gemacht und die Digitalisierung durch Breitbandausbau und vermehrte Ausbildung in diese Richtung vorangetrieben werden. Außerdem sollen Effizienzpotenziale im Bereich der öffentlichen Ausgaben gehoben werden.

Auch die Empfehlungen des IWF (2018) lauten ähnlich: Neben einer Reform des Pensions- und Gesundheitssystems u.a. durch das Heben von Effizienzpotenzialen, soll die Reduktion der Arbeitslosigkeit insbesondere durch eine Reduktion der Belastung des Faktors Arbeit und bessere Ausbildung erfolgen.

[7] Die Punkte sind in der publizierten Version in englischer Sprache folgendermaßen verfasst: „(1) Reform of Old Age Pension System and Health Service System still pending; (2) Administrative reform and fiscal consolidation must also be pursued at provincial (Länder) and local level (Gemeinden); (3) Shortage of qualified labour to be adressed; (4) Growth- and location compatible greening of the economy to be addressed; (5) Digital economy to be developed."

3. Ausgewählte Maßnahmen für mehr Wohlstand und Beschäftigung

Internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit folgend bestehen in Österreich in Sachen Standortqualität Baustellen. Dazu gehören unter anderem die hohe Belastung der Erwerbseinkommen durch Abgaben, Ineffizienzen in der öffentlichen Verwaltung, Probleme im Bereich des Arbeitsmarktes, insbesondere durch das Fehlen von ausreichend qualifizierten Arbeitskräften, und ein Mangel an Flexibilität unter anderem bei den Arbeitszeitregelungen sowie bürokratische Hürden.

3.1. Beurteilung jüngerer Maßnahmen

In den letzten Jahren sind in den meisten dieser Bereiche Reformschritte getätigt bzw. zumindest begonnen worden. Hierzu gehören die Senkung der Lohnnebenkosten über eine Reduktion der Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds und der Unfallversicherung, die Einführung des Familienbonus, Maßnahmen zur Stärkung von E-Government und die Abschaffung erster Gold-Plating Bestimmungen, die Etablierung neuer Lehrberufe und die Implementierung einer stärkeren Arbeitszeitflexibilisierung durch das Arbeitszeitgesetz Neu. Wissenschaftliche Untersuchungen zu diesen Themen zeigen, dass mit diesen Maßnahmen positive volkswirtschaftliche Auswirkungen verbunden sind. So stärkt eine Reduktion der Abgabenbelastung die Standortqualität und damit die Wettbewerbsfähigkeit, kräftigt Beschäftigungsnachfrage und -angebot, reduziert die Arbeitslosigkeit, erhöht die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und führt zu zusätzlicher privater Konsumnachfrage. Abgabensenkungen, insbesondere bei Abgaben auf Erwerbseinkommen, finanzieren sich zum Teil über diese positiven Effekte selbst.

Bürokratiebelastungen erschweren die Wirtschaftstätigkeit, erfordern den Einsatz von Personal für Aufgaben, die nicht mit dem Kerngeschäft eines Unternehmens in Verbindung stehen, erhöhen dementsprechend die Produktionskosten und damit die Preise für heimisch produzierte Güter. Dies schwächt die Standortqualität. Eine regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit von bürokratischen Belastungen ist damit angezeigt. E-Government und der Abbau von Gold-Plating sind dementsprechend sinnvolle Maßnahmen. Eine Verringerung des Aufwands für Unternehmensgründungen sowie bei Genehmigungsverfahren kann die Unternehmens- und Investitionsdynamik befördern. Die bisherigen Maßnahmen gehen in die richtige Richtung. Allerdings sind sie sicherlich von der Bedeutung als Kostenfaktor für Unternehmen überschaubar. Allerdings zeigen Graf et al. (2018a), dass durch Gold-Plating in Österreich insgesamt ein erheblicher bürokratischer Mehraufwand (Informationspflichten und darüberhinausgehende Kosten zur Erfüllung der Regulierungsvorschriften) von etwa 500 Mio. Euro pro Jahr bei Unternehmen und 115 Mio. Euro in der öffentlichen Verwaltung besteht. Auf Basis von Modellsimulationen zeigen die

Autoren, dass eine vollständige Reduktion der Bürokratiekosten für Unternehmen im Ausmaß von rund 500 Mio. Euro bzw. 0,12 Prozent des BIP eine nicht zu vernachlässigende Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung haben würde. Weitere Schritte wären demnach angezeigt.

Die Lohnnebenkosten, also Dienstgeber-Sozialversicherungsbeiträge sowie Lohnsummenabgaben, tragen in Österreich zu einem erheblichen Teil zum Steuerkeil bei und haben in den letzten Jahrzehnten merklich zugelegt. Die Belastung der Einkommen über Lohnnebenkosten beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit der Beschäftigten und Unternehmen im internationalen Vergleich. Lohnnebenkosten verteuern die Personalkosten und damit die Produktionskosten. Als Folge davon sind über die Arbeitsnachfrage Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit verbunden. Die Senkung dieser Abgaben in den letzten Jahren stärkt damit den Wirtschaftsstandort. Werden die Lohnnebenkosten beispielsweise um 2,1 Mrd. Euro gesenkt, dann legt das BIP kurzfristig um etwa 800 Mio. Euro und längerfristig um 1,3 Mrd. Euro zu und die Beschäftigung fällt um mehr als 10.000 Personen höher aus. Dementsprechend waren die jüngsten Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten ein wichtiger Aspekt bei der Sicherung der Standortqualität. Dennoch sind aufgrund der nach wie vor hohen Belastung des Faktors Arbeit weiter Schritte sinnvoll (siehe Abschnitt 3.2).

Der Arbeitsmarkt ist eine zentrale Triebfeder für einen Wirtschaftsstandort. Qualifiziertes Personal stellt einen Eckpfeiler für hoch entwickelte Volkswirtschaften dar. Ohne ausreichend ausgebildete Erwerbstätige ist das Niveau des Wirtschaftsstandortes und auch des Sozialstaats nicht aufrecht zu erhalten. Die Einführung neuer und Überarbeitung bestehender Lehrberufe ist daher von grundlegender Bedeutung. Dies ist insbesondere auch deswegen so wichtig, da in Österreich ein großer Teil der Erwerbsbevölkerung einen Lehrberuf abschließt und in diesem Bereich tätig ist. Dies ist auch vor dem Hintergrund der intensiven Einbindung österreichischer Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten relevant. Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen ist die Ausgangslage gut. Schwach ausgeprägt ist hingegen die Spezialisierung und Partizipation im Bereich Informationsdienstleistungen. Eine laufende Anpassung der Lehrberufe mit begleitender Evaluierung der Lehrinhalte sind daher bedeutend für die Aufrechterhaltung der hohen Standortqualität. Die in den Jahren 2018 und 2019 verabschiedeten Lehrberufspakete können als Schritt in diese Richtung gesehen werden.

Die Arbeitszeitflexibilisierung ist ein weiterer wesentlicher Aspekt für die Standortqualität, da mit ihr eine bessere Übereinstimmung zwischen Arbeitszeit und Nachfrage in den Unternehmen erreicht werden kann. Empirische Befunde zeigen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen flexibleren Arbeitszeiten und Produktivität der Erwerbstätigen besteht. Von einer Flexibilisierung können jedoch nicht nur die Unternehmen, sondern auch die ArbeitnehmerInnen profitieren, wenn zum Beispiel die flexibleren Arbeitszeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie genutzt werden. Zudem untersuchen Hofer und Davoine (2017) die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von

Arbeitszeitflexibilisierungen mit Hilfe eines dynamischen Makromodells. Die Untersuchung zielt zwar nicht direkt auf die Regelung des Arbeitszeitgesetzes Neu. Allerdings sind wesentliche Ergebnisse auf die neue Regelung anwendbar. Den Simulationsergebnissen folgend, erhöht die Arbeitszeitflexibilisierung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit die Standortqualität in Österreich. Die geringeren Lohnstückkosten als Folge der besseren Abstimmung von Auftragslage und Arbeitseinsatz und damit verbunden die geringeren Preise erhöhen die Nachfrage nach heimischen Gütern mit dem Effekt einer höheren Beschäftigungsnachfrage. Das höhere Erwerbseinkommen erhöht das Arbeitsangebot, sodass insgesamt die Beschäftigung zulegt, wobei der Effekt bei Personen mit geringer Ausbildung am kräftigsten ausfällt. Dementsprechend ist auch der Rückgang in der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe ausgeprägter. Der Beschäftigungszuwachs stimuliert die Investitionstätigkeit der Unternehmen. Die höheren Erwerbseinkommen wiederum kräftigen die private Konsumnachfrage, sodass insgesamt sowohl die Export- als auch die Inlandsnachfrage zulegt mit entsprechender Auswirkung auf die Wertschöpfung. Dementsprechend verbessert sich die volkswirtschaftliche Entwicklung.

Trotz der beschriebenen Maßnahmen wurde bei vielen Reformen bisher nur erste Schritte gesetzt. Andere wurden gar nicht umgesetzt. Dies zählt auch für die geplante Steuerreform vom Mai 2019, die zu einer wesentlichen Abgabenentlastung der BürgerInnen und Unternehmen geführt hätte. Auch wenn erste Schritte im Steuerreformgesetz 2020 voraussichtlich umgesetzt werden, betragen diese nur einen kleinen Teil der ursprünglich geplanten Maßnahmen. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen die gesamte Steuerreform gehabt hätte, zeigt die folgende Simulation von EcoAustria mit dem Makromodell PuMA („Public Policy Model for Austria“).

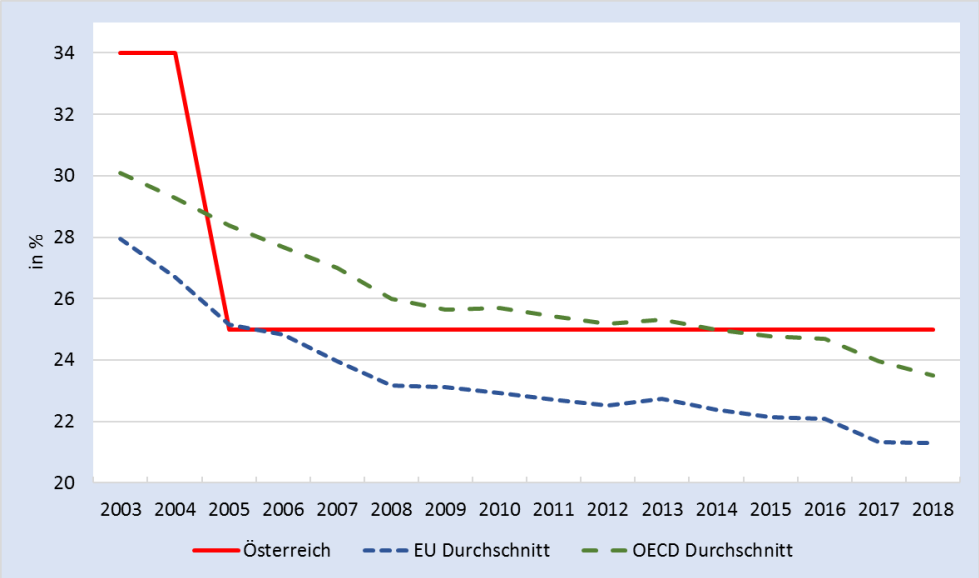
3.2. Prospektive Senkung der Abgabenbelastung

Die Abgabenbelastung und insbesondere die Belastung von Erwerbseinkommen sind in Österreich im internationalen Vergleich besonders hoch. Neben der Lohn- und Einkommensteuer ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auch die Belastung der Unternehmensgewinne relevant. Neben der Einkommensteuer ist die Körperschaftsteuer hierfür wesentlich. Der gesetzliche Körperschaftsteuersatz[8] liegt seit dem Jahr 2005 bei 25 Prozent. Vor dieser Reform belief sich der Steuersatz auf 34 Prozent. Österreich war mit diesem Steuersatz von 25 Prozent im internationalen Umfeld längere Zeit vergleichsweise gut aufgestellt (siehe Abbildung 2). Mit der Senkung von 34 Prozent auf 25 Prozent entsprach der Steuersatz im Jahr 2005 dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten und lag merklich unter dem OECD-Durchschnitt. Im Laufe der Zeit hat sich das internationale steuerliche Umfeld jedoch merklich geändert, sodass Österreich im

[8] An dieser Stelle wird auf den gesetzlichen Körperschaftsteuersatz und nicht auf die Einnahmen als Anteil des BIP bzw. an den Abgabeneinnahmen abgestellt, da diese vom Verhältnis der Gewinne von Kapital- und Personengesellschaften abhängen und somit das Ergebnis verzerrt ist.

Jahr 2018 mit dem Satz von 25 Prozent wieder markant über dem Durchschnitt der EU von 21,3 Prozent wie auch über dem OECD-Schnitt von 23,5 Prozent liegt. Zusätzlich wurden auch steuerliche Abschreibungsvorteile bzw. Investitionsförderungen im Laufe der letzten 20 Jahre deutlich reduziert, etwa durch die Abschaffung des Investitionsfreibetrags oder die deutliche Erhöhung der Abschreibungsdauern, insbesondere auf Bauten.

Abbildung 2: Entwicklung der gesetzlichen Körperschaftsteuersätze



Quelle: KPMG, Corporate Tax Rates Table.

Die geplante Steuerreform aus dem Mai 2019 setzt insbesondere bei der Einkommensbesteuerung an. Nachfolgend wird für die volkswirtschaftliche Analyse das gesamte geplante Steuerreformpaket der Jahre 2020 bis 2023 berücksichtigt. Maßnahmen, die im Jahr 2020 in Kraft treten sollten, sind großteils im Steuerreformgesetz 2020 und im Abgabenänderungsgesetz 2020 inkludiert.[9] Eine Auflistung enthält Tabelle 13. Die größten Positionen sind die Tarifentlastung mit einem Entlastungsvolumen von 3,9 Mrd. Euro, die Reduktion des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 21 Prozent und die Reduktion der Krankenversicherungsbeiträge für Personen mit geringem Einkommen mit knapp 900 Mio. Euro. Die Tarifentlastung sieht eine Reduktion der Steuersätze der ersten drei Steuerstufen von 25 Prozent auf 20 Prozent, von 35 auf 30 Prozent bzw. von 42 auf 40 Prozent vor. Diese Reform entlastet all jene, die im bisherigen Tarif Lohn- und Einkommensteuer

[9] Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie sind die beiden Gesetzesentwürfe noch nicht beschlossen, sondern dem Budgetausschuss des Nationalrates zugewiesen. Die Entlastung der GeringverdienerInnen soll nun im Rahmen der Einkommensteuer durch Anhebung des Verkehrsabsetzbetrages bzw. des Pensionistenabsetzbetrages erfolgen, wobei der Absetzbetrag bis zu einem Einkommen von 21.500 Euro ausgeschliffen werden soll. Für Selbständige erfolgt die Entlastung in der Sozialversicherung der Selbständigen durch Reduktion des Beitragssatzes. Medienberichten zufolge beläuft sich das Ausmaß der Entlastung auf knapp 700 Mio. Euro im Vollausbau und ist etwas niedriger als im Ministerratsvorschlag vorgesehen mit entsprechendem Spielraum für eine weitere Reduktion.

bezahlen. Insgesamt wäre die geplante Steuerreform mit einer markanten Verringerung der steuerlichen Belastung im Ausmaß von 7,3 Mrd. Euro verbunden gewesen.

Tabelle 13: Geplante Steuerreformmaßnahmen für die Jahre 2020 bis 2023

Reformmaßnahmen bei Abgaben		2020	2021	2022	2023
Reduktion Krankenversicherungsbeiträge für GeringverdienerInnen	2020	885			
Tarif neu (Senkung auf 20% in 2021; Senkung auf 30% und Senkung auf 40% in 2022)	2021/2022		1.600	2.300	
KÖSt-Senkung (um 2 Prozentpunkte 2022 und 2 Prozentpunkte 2023)	2022/2023			800	800
Andere Reformen 2020	2020	400	40	-140	-130
Andere Reformen 2021	2021		380		
Andere Reformen 2022	2022			220	100
Summe Abgabensenkungen		**1.285**	**2.020**	**3.180**	**770**

Quelle: Bundesministerium für Finanzen, eigene Darstellung.

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten Steuerreformmaßnahmen der Jahre 2020 und 2023 wurden mit den allgemeinen dynamischen Gleichgewichtsmodell PuMA („Public policy Model for Austria" simuliert. Die Ergebnisse sind in Tabelle 14 dargelegt. Die realen Nettoeinkommen je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen fallen infolge der steuerlichen Entlastungen um rund 1,5 Prozent im Jahr 2021 und 3 Prozent im Jahr 2025 erheblich höher aus als dies ohne das Reformpaket der Fall wäre. Die höheren Erwerbseinkommen bieten wiederum Anreize, das Arbeitsangebot auszuweiten, die Erwerbsquote fällt demnach um etwa 0,4 Prozentpunkte höher aus. Ebenso kräftigen die höheren Erwerbseinkommen, gemeinsam mit den steuerlichen Entlastungen bei PensionistInnen, die verfügbaren Einkommen und damit die private Konsumnachfrage. Die Senkung der Körperschaftsteuer erhöht die Investitionsgüternachfrage, sodass die heimische Nachfrage insgesamt kräftig zulegt. Dies wiederum erhöht die Arbeitsnachfrage. Die Beschäftigung fällt längerfristig um etwa 1 Prozent höher aus als ohne die Steuerreform. Dies entspricht in mittlerer Frist einem Beschäftigungszuwachs von etwa 45.000, längerfristig um knapp 50.000 Personen. Als Folge davon kommt es zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, sodass die Arbeitslosenquote nach EU-Definition um über 0,5 Prozentpunkte zurückgeht. Die Beschäftigungsentwicklung wirkt sich zusätzlich positiv auf die private Konsumnachfrage aus, die kurzfristig um 1,7 Prozent und langfristig deutlich um 3,5 Prozent zunimmt.

Die kräftige Investitionstätigkeit, die neben dem Beschäftigungszuwachs insbesondere von der Körperschaftsteuersenkung getrieben ist, stärkt die Kapitalausstattung beschäftigter Personen und damit deren Produktivität. Als Folge davon nehmen die Wertschöpfung und die Stundenlöhne der Erwerbstätigen zu. Die höhere Beschäftigung und die bessere Kapitalausstattung der Beschäftigten lassen die Wirtschaftsleistung mittelfristig um rund 5 Mrd. Euro bzw. 1,2 Prozent höher ausfallen, längerfristig um 6,7 Mrd. Euro bzw. 1,6 Prozent. Trotz des kräftigen Zuwachses der Wirtschaftsleistung kann damit die zusätzliche Nachfrage nicht in vollem Umfang befriedigt werden und die Importe legen stärker zu als die Exporte mit der Folge, dass der Außenbeitrag (Export minus Importe) um etwa 1 Prozent des BIP zurückgeht.

Tabelle 14: PuMA Simulationsergebnisse – Gesamtmaßnahmen der Jahre 2020 bis 2023

Gesamtes Maßnahmenpaket	2021	2022	2023	2024	2025	2030	2035
BIP, real	0,57%	1,08%	1,18%	1,23%	1,28%	1,46%	1,60%
Investitionen, real	3,22%	4,15%	4,00%	3,89%	3,79%	3,39%	3,15%
Privater Konsum, real	1,71%	3,01%	3,10%	3,15%	3,20%	3,39%	3,55%
Außenbeitrag (in % des realen BIP), real	-0,90%	-1,24%	-1,18%	-1,14%	-1,11%	-0,98%	-0,90%
Arbeitskosten je Stunde, real	-0,07%	-0,20%	-0,11%	-0,06%	-0,03%	0,12%	0,22%
-niedrig	-0,40%	-0,33%	-0,25%	-0,23%	-0,21%	-0,14%	-0,07%
-mittel	-0,10%	-0,23%	-0,14%	-0,10%	-0,07%	0,08%	0,20%
-hoch	0,21%	0,01%	0,10%	0,16%	0,21%	0,34%	0,34%
Nettoeinkommen je Stunde, real	1,47%	2,83%	2,92%	2,97%	3,00%	3,15%	3,25%
-niedrig	1,64%	2,41%	2,50%	2,52%	2,54%	2,61%	2,68%
-mittel	1,49%	2,80%	2,90%	2,93%	2,96%	3,11%	3,24%
-hoch	1,48%	3,22%	3,32%	3,38%	3,43%	3,57%	3,57%
Erwerbsquote (15-69-jährige, in Prozentpunkten)	0,20	0,36	0,37	0,37	0,37	0,38	0,39
-niedrig	0,28	0,40	0,41	0,42	0,42	0,43	0,44
-mittel	0,21	0,40	0,41	0,42	0,43	0,45	0,46
-hoch	0,11	0,21	0,20	0,18	0,17	0,14	0,16
Beschäftigung	0,57%	1,01%	1,04%	1,05%	1,06%	1,10%	1,14%
-niedrig	0,91%	1,29%	1,33%	1,33%	1,34%	1,33%	1,30%
-mittel	0,55%	1,00%	1,03%	1,04%	1,04%	1,05%	1,05%
-hoch	0,40%	0,82%	0,85%	0,87%	0,90%	1,07%	1,28%
Arbeitslosenquote (in Prozentpunkten)	-0,25	-0,44	-0,45	-0,46	-0,47	-0,49	-0,52
-niedrig	-0,41	-0,58	-0,60	-0,61	-0,62	-0,64	-0,66
-mittel	-0,24	-0,41	-0,43	-0,44	-0,44	-0,47	-0,49
-hoch	-0,20	-0,40	-0,42	-0,42	-0,43	-0,46	-0,47
BIP (in Mrd. Euro)	2,4	4,5	4,9	5,1	5,3	6,1	6,7
Beschäftigung (in Tausend Personen)	25,1	44,1	45,3	45,8	46,3	48,1	49,7
Selbstfinanzierungsgrad	48,6%	39,3%	40,2%	41,7%	42,6%	45,7%	47,8%

Niveau-Effekte im Vergleich zum Basisszenario. Geringqualifiziert: Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (ISCED 0-2), Hochqualifiziert: Tertiäre Ausbildung (ISCED 5+).
Quelle: EcoAustria, PuMA-Simulationsmodell.

Durch das kräftigere Wachstum aufgrund des Reformpakets steigen auch die Steuereinnahmen, so dass sich die Reform zu 40 bis 50 Prozent zum Teil selbst finanziert. Darüber hinaus bestehen in Österreich bei den öffentlichen Ausgaben erhebliche Effizienzpotenziale. So zeigen etwa Graf et al. (2018b) und Thomas et al. (2017), dass in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnbauförderung und öffentliche Verwaltung allein im Bundesländervergleich ein Effizienzpotenzial von 6 Mrd. Euro besteht, das gehoben werden könnte, ohne die öffentlichen Leistungen für die BürgerInnen zu verschlechtern. Im internationalen Vergleich fallen die ermittelten Effizienzpotenziale sogar noch höher aus.

Insgesamt veranschaulicht die Analyse am Beispiel der geplanten, dann aber nicht realisierten, Steuerreform vom Mai 2019, die positiven Effekte einer deutlichen Reduktion der Abgabenbelastung auf Wachstum und Wohlstand.

4. Literaturverzeichnis

Acosta-Ormaechea, S., S. Sola und J. Yoo (2018). Tax composition and growth: A broad cross-country perspective, German Economic Review, veröffentlicht online: 9. Jänner 2018.

Aiginger K., R. Falk und A. Reinstaller (2009), Die Weichen für Morgen werden Heute gestellt. Für eine radikal neue Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik in Österreich. Kurzzusammenfassung zur Systemevaluierung, WIFO, KMU Forschung Austria, Prognos, Convelop 2009.

Aiginger K., R. Falk und A. Reinstaller (2009a), Systemevaluierung der Forschungsförderung: Weichenstellung für mehr Wachstum durch Wissenschaft, Forschung und Innovation. (Weblink)

Alesina, A. E. Glaeser und B. Sacerdote (2005). Work and Leisure in the US and Europe: Why So Different, NBER Working Paper 11278.

Alinaghi, N. und W. R. Reed (2017). Taxes and economic growth in OECD countries: A meta-regression analysis, Working Paper Series 6710, Victoria University of Wellington, Public Finance.

Arachi, G., V. Bucci und A. Casarico (2015). Tax structure and macroeconomic performance, International Tax and Public Finance 22(4), 635-662.

Arnold, J. M., B. Brys, C. Heady, A. Johansson, C. Schwellnus und L. Vartia (2011). Tax policy for economic recovery and growth, Economic Journal 121(550), 59-80.

Beblo, M., A. Heinze und E. Wolf (2004). Is there a Wage Premium or Wage Discount for Flexible Hours?, ZEW Discussion Paper No. 04-83.

Bellmann, L. und O. Hübler (2015). Working time accounts and firm performance in Germany, IZA Journal of European Labor Studies 4:24.

Belot, M. und J. C. van Ours (2004). Does the recent success of some OECD countries in lowering their unemployment rates lie in the clever design of their labor market reforms?, Oxford Economic Papers 56(4), 621-642.

Berger, J., L. Strohner und T. Thomas (2019). Mehr Beschäftigung und Wohlstand durch Steuerreform erreichen, EcoAustria Policy Note 29.

Berger, J., N. Graf, L. Strohner und T. Thomas (2018). EcoAustria Schulden-Check: Ein Monitor für die finanzielle Nachhaltigkeit von Reformmaßnahmen in Österreich, EcoAustria Studie gefördert durch das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort.

Berger, J., H. Hofer, U. Schuh, L. Strohner, H. Schneider und B. Wagner (2011). Innovative Arbeitszeitmodelle in Österreich, Projektbericht des IHS und IWI, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Biffl, G., J. Berger, H. Hofer, U. Schuh, I. Skrivanek und L. Strohner (2010). Potentielle Auswirkungen einer Änderung der österreichischen Migrationspolitik in Richtung qualifizierte Zuwanderung auf das mittel- bis langfristige Wirtschaftswachstum (Prognosehorizont 2050), Donau-Universität Krems und IHS Projektbericht im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Budgetdienst (2018), Förderungen, Beteiligungen und Wirkungsorientierung in der UG 33-Wirtschaft (Forschung) und der UG 40-Wirtschaft. (Weblink)

Budgetdienst (2014), Wirkungsorientierung im Haushaltsrecht und im Bundesfinanzgesetz, Wirkungsorientierung als neue Form der budgetpolitischen Steuerung. (Weblink)

Bührer S., S. Sheikh et al. (2017), Evaluierung der Förderungsgesellschaften Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) und Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG), Abschlussbericht. Forschungsbericht Fraunhofer und KMU Forschung Austria. (Weblink)

BMF (2018), Bundesvoranschlag 2018, Untergliederung 33 – Wirtschaft (Forschung), https://service.bmf.gv.at/BUDGET/Budgets/2018_2019/bfg2018/teilhefte/UG33/UG33_Teilheft_2018.pdf.

Causa, O. (2008). Explaining Differences in Hours Worked Among OECD Countries: An Empirical Analysis, OECD Economics Department Working Paper 596.

Chirinko, R. S., S. M. Fazzari und A. P. Meyer (1999). How responsive is business capital formation to its user cost? An exploration with micro data, Journal of Public Economics 74(1), 53-80.

Daimer S., P. Kaufmann et al. (2017), Evaluierung der Förderungsgesellschaften Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws) und Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG), Anhang. (Weblink)

Davidson Review (2006). Implementation of EC Legislation, Final report.

De Mooij, R. und S. Everdeen (2003). Taxation and foreign direct investment: a synthesis of empirical research, International Tax and Public Finance 10, 673-693.

Deloitte (2019). Flexible Working Studie 2019 – Vertrauensarbeitszeit, Home Office, Desksharing – Wie flexibel arbeitet Österreich, Deloitte Studie in Zusammenarbeit mit der Universität Wien und Universität Graz, Wien.

Disney, R. (2004). Are Contributions to Public Pension Programmes a Tax on Employment?, Economic Policy 19(39), 269-311.

Dornmayr, H. und B. Winkler (2018). Unternehmensbefragung zum Fachkräftebedarf/-mangel – Fachkräfteradar II, ibw Forschungsbericht Nr. 192 im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Duval, R. (2003). The Retirement Effects of Old-Age Pension and Early Retirement Schemes in OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers No. 370.

EcoAustria (2015). Die Entwicklung der Abgabenbelastung von Einkommen im Zeitverlauf, Research Paper No. 3.

Eurofound (2017). Developments in working time 2015-2016, Publications Office of the European Union, Luxembourg.

Europäische Kommission (2019), European Innovation Scoreboard 2019.

Europäische Kommission (2019a), European Innovation, Scoreboard 2019, Annex B, Performance per indicator.

Europäische Kommission (2019b), European Innovation, Scoreboard 2019, Methodology Report.

Europäische Kommission (2019c), European Economic Forecast, Summer 2019 (Interim). In: Europäische Union, Institutional Paper 108, Juli 2019.

Europäische Kommission (2018). eGovernment Benchmark 2018 – Securing eGovernment for all, carried out by Capgemini, IDC, Sogeti, and Politecnico di Milano.

Europäische Kommission (2011a). Tax Reforms in EU Member States 2011, European Economy 5/2011.

Europäische Kommission (2011b). Attitudes towards Vocational Education and Training, Special Eurobarometer 369, TNS Opinion & Social Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission.

Europäischer Rat (2019), Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2019 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Österreichs 2019, COM(2019) 520 final.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Condition (2007). Working time flexibility in European companies – Establishment Survey on Working Time 2004-2005, Luxemburg.

Eurostat (2019), Schätzung der BIP-Hauptaggregate und der Erwerbstätigkeit für das zweite Quartal 2019, BIP im Euroraum um 0,2% und Erwerbstätigkeit um 0,2% gestiegen, BIP in der EU28 um 0,2% und Erwerbstätigkeit um 0,3% gestiegen. In: Eurostat, Pressemitteilung 137/2019, Euroindikatoren.

Evers, M., R. A. de Mooij und D. J. van Vuuren (2006). What Explains the Variation in Estimates of Labour Supply Elasticities?, Tinbergern Institute Discussion Paper 2006-017/3.

EY (2019). Fachkräftemangel und Flüchtlingsintegration im österreichischen Mittelstand. Mittelstandsbarometer 2019.

Feldstein, M. (2006). The effect of taxes on efficiency and growth, NBER Working Paper 12201.

FFG (2017), Leitfaden für COMET-Zentren (K1) im Rahmen des Programmes COMET (Competence Centers for Excellent Technologies) 5. Ausschreibung, Stand: 04.12.2017.

FFG (2018), Basisprogramm, Ausschreibungsleitfaden, Version 3.4, gültig ab 22.8.2018. (Weblink)

Gerner, H.-D. (2009). Arbeitszeitverlängerung, Arbeitszeitkonten und Teilzeitbeschäftigung – Ökonometrische Analysen, IAB-Bibliothek 322, Nürnberg.

Graf, N., L. Strohner und T. Thomas (2018a). Ökonomische und fiskalische Effekte der Rückführung bürokratischer Belastungen durch Gold-Plating, Ergebnisbericht, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich und der Industriellenvereinigung.

Graf, N., P. Koch, L. Strohner und T. Thomas (2018b). Effizienzpotenziale im Bereich der Länder und Gemeinden heben. Ergebnisse des EcoAustria Bundesländer-Benchmarking 2018, EcoAustria Policy Note 28.

Graf, N., Koch, P., Schwarzbauer, W. & T. Thomas (2018c), Der EcoAustria Competitiveness Index (ECI): Ansatz zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit auf Basis von Nettoexporten und Direktinvestititonen. EcoAustria Research Paper 9.

Gruber, J. und J. Rauh (2007). How Elastic is the Corporate Income Tax Base?, in: Taxing Corporate Income in the 21st Century, Auerbach, A., J. Hines und J. Slemrod (Hrsg.), Cambridge University Press, 140-163.

Harhoff, D. und F. Ramb (2001). Investment and Taxation in Germany – Evidence from Firm-Level Panel Data, in Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Investing Today for the World of Tomorrow – Studies on the Investment Process in Europe, Springer, Heidelberg.

Hassett, K. A. und R. G. Hubbard (2002). Tax policy and investment, in: Auerbach, A. J. und M. Feldstein (Hrsg.): Handbook of Public Economics, 1293-1343.

Hofer, H. und T. Davoine (2017). Ökonomische Potenziale von Arbeitszeitflexibilisierung, IHS-Projektbericht, Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich.

Hranyai K. und J. Janger (2015), Forschungsquotenziele 2020, Aktualisierung 2015.

Rechnungshof (2016), Forschungsfinanzierung in Österreich.

IMD World Competitiveness Center (2014), IMD World Competitiveness Yearbook.

IMD World Competitiveness Center (2019), IMD World Competitiveness Yearbook 2019.

Institute for Fiscal Studies (2010). Dimensions of Tax Design: The Mirrlees Review, Oxford University Press, Oxford.

Kantar TNS (2018). eGovernment Monitor 2018 – Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsangebote – Deutschland, Österreich und Schweiz im Vergleich, https://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/user_upload/studien/PDFs/191029_eGovMon2018_Final_WEB.pdf.

Kaufmann P. und E. Nindl (2019), Wirkungsmonitoring der FFG Förderung 2018; Studie KMU Forschung Austria im Auftrag der FFG. (Weblink)

Kaufmann P., A. Geyer und E. Nindl (2018), Evaluierung des BRIDGE Programms für den Zeitraum 2009 – 2016; Forschungsbericht KMU Forschung Austria im Auftrag des BMVIT und der FFG, https://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/innovation/evaluierungen/downloads/evaluierung_bridge_ua.pdf.

Lucas, J. L. und R. B. Heady (2002). Driver Stress, Feelings of Time Urgency, and Commute Satisfaction, Journal of Business and Psychology 16(4), 565-571.

Macek, R. (2014). The impact of taxation on economic growth – Case study of OECD countries, Review of Economic Perspectives 14(4), 309-328.

Meghir, C. und D. Phillips (2010). Labour supply and taxes, in: Adam, S., T. Besley und R. Blundell (Hrsg.): The Mirrlees Review: dimensions of tax design, Oxford University Press.

Messenger, J. C. (2007). Working Time at the Enterprise Level: Business Objectives, Firms' Practices and Workers' Preferences, in: Messenger, J. C. (Hrsg.): Working Time and

Workers' Preferences in Industrialized Countries – Finding the Balance, Routledge Studies in the Modern World Economy, London, New York.

Myles, G. D. (2009). Economic growth and the role of taxation – theory, OECD Economics Department Working Paper 713.

Nickell, S. (2004). Employment and Taxes, CEP Discussion Paper No. 634.

Nickell, S., L. Nunziata und W. Ochel (2005). Unemployment in the OECD since the 1960s. What do we know?, The Economic Journal 115, 1-27.

OECD (2019). Taxing Wages 2019, OECD Publishing, Paris.

OECD (2017). OECD Economic Surveys: Austria 2017, OECD Publishing, Paris. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2017-en.

OECD (2013), Local Partnership Strategies in Upper Austria: Supporting youth employment and apprenticeships.

OECD (2010). Tax Policy Reform and Economic Growth, Paris, OECD Publishing.

OECD (2006). Employment Outlook 2006, OECD Publishing.

Schneider, H. W., R. Dorfmayr, P. Luptacik und P. Halper (2016). Internationale Leitbetriebe in Österreich 2015/2016, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung.

Statistik Austria (2015), F&E-Jahresrechnungen, Standard-Dokumentation, Metainformationen, Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität.

Strohner, L. und T. Thomas (2019). Mehr Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Ökonomische Effekte der Steuerreform 2020-23, EcoAustria Policy Note No. 32.

Thomas, T., J. Berger, N. Graf und L. Strohner (2017). Staatsausgaben in Österreich: Effizienzpotenziale nutzen, Leistungsniveau erhalten, EcoAustria Policy Note 20.

Voermans, W. (2009). Gold-plating and double banking: an overrated problem?, in Snijders, H. und S. Vogenauer (Hrsg.), Content and Meaning of National Law in the Context of Transnational Law, Sellier European Law Publishers, 79-88, München.

Weltbank (2019), Doing Business 2019.

Wolf, E. und M. Beblo (2004). Does Work Time Flexibility Work? – An Empirical Assessment of the Efficiency Effects for German Firms, ZEW Discussion Paper No. 04-47.

World Economic Forum (2017), The Global Competitiveness Report 2017–2018.

World Economic Forum (2018), The Global Competitiveness Report 2018.

Wöhlbier, F. (2002). Humankapitalbildung und Beschäftigung: Eine Finanzpolitische Analyse, Deutscher Universitäts-Verlag.